



# Wie man keine Abstimmung gewinnt

25. Januar 2011

*von Lukas Mäder - Mit einem Gegenvorschlag wollten die Bürgerlichen die SVP-Ausschaffungsinitiative bodigen. Das ging gründlich schief, ist aber kein Zufall, sagt Politologe Longchamp.*

Die Taktik der Bürgerlichen, um die Ausschaffungsinitiative zu bekämpfen, war klar: Ein Gegenvorschlag, der dem Grossteil der Anliegen eine völkerrechtskonforme Umsetzung garantiert, sollte dem Volksbegehren den Wind aus den Segeln nehmen. Doch dieses Anliegen ist am 28. November gescheitert. Der Gegenvorschlag kam nur auf knapp 46 Prozent der Stimmen - gut 7 Prozentpunkte weniger als die Initiative selbst. Für Politologe Claude Longchamp ist dies kein Zufall: «Ein Gegenvorschlag erschwert die Bekämpfung einer Volksinitiative», sagte er vor den Medien in Bern. Diese These stützt Longchamp mit den Ergebnissen der drei Abstimmungen mit Gegenvorschlag.



Mit seiner Aussage widerspricht der Politologe der weitverbreiteten Meinung, dass ein gemässiger Gegenvorschlag als Kompromisslösung eine valable Alternative sei zu den meist radikaleren Forderungen in Volksinitiative. Vielmehr erschwere ein Gegenvorschlag die Bekämpfung der Initiative, sagte Longchamp. Üblicherweise gebe es zwei Argumentationslinien gegen ein Volksbegehren: Die geforderte Änderung sei überhaupt nicht nötig beziehungsweise die Initiative schlage eine falsche Lösung vor. «Mit der Ausarbeitung des Gegenvorschlags anerkennt man aber bereits, dass beim Thema der Initiative Handlungsbedarf besteht», so Longchamp. Zudem ergeben sich mit einem Gegenvorschlag diverse Möglichkeiten, um taktisch abzustimmen. Diese seien aber im Abstimmungskampf schwierig zu steuern. Longchamp kommt deshalb zum Schluss: «Der Gegenvorschlag ist eine stumpfe Waffe zur Bekämpfung von Volksinitiativen.»

## Keine Spekulation zur Ausschaffungsinitiative

Seine These belegt Longchamp unter anderem mit Zahlen aus Befragungen, die im Vorfeld der Abstimmung über die Ausschaffungsinitiative stattfanden. Dabei zeigt sich, dass der Gegenvorschlag in den acht Wochen vor der Abstimmung nicht wesentlich an Unterstützung zulegen konnte. Der Nein-Anteil hingegen wuchs von 49 auf 54,2 Prozent. Hauptsächlich bei den Grünen und bei SVP-Anhängern stieg die Zahl der Gegner des Gegenvorschlags. Anfangs

haben laut Longchamp noch 20 bis 25 Prozent der SVP-Sympathisanten dem Gegenvorschlag zustimmen wollen. Schliesslich sei die SVP-Basis aber so siegessicher gewesen, dass sie Nein stimmte. Longchamp will jedoch nicht spekulieren, ob die Abstimmung ohne Gegenvorschlag anders ausgegangen wäre.

Die These des Politologen stösst bei Parlamentariern trotzdem auf Ablehnung. «Longchamp berücksichtigt die Dynamik im Parlament nicht», sagt FDP-Nationalrat Philipp Müller, der sich für den Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative stark gemacht hatte. Ohne die Kompromisslösung hätte sich kein bürgerlicher Parlamentarier gegen die Initiative engagiert, ist er überzeugt. «Ich gehe doch nicht auf ein Podium und mache mich zum Clown, indem ich sage, es gäbe kein Problem mit kriminellen Ausländern», sagt Müller. Er hätte vermutlich sogar in einem Pro-Komitee zur Unterstützung der Initiative mitgemacht. Die Schuld für das Scheitern des Gegenvorschlags sieht Müller beim Integrationsartikel, den die SP einbrachte. «Damit wurde die Vorlage überladen.»

### **«Gegenvorschlag kritisch hinterfragen»**

Die SP weist die Schuld zurück. Die FDP habe argumentiert, dass ihre Leute ohne Gegenvorschlag die SVP-Initiative annehmen würden, sagt SP-Nationalrat Andy Tschümperlin. «Dabei hat die Partei eine Fehleinschätzung gemacht, haben laut Vox-Analyse doch 51 Prozent der FDP-Anhänger Ja zur Initiative gesagt.» Im Nachhinein gibt sich Tschümperlin selbstkritisch: «Wir haben uns überzeugen lassen von den Bürgerlichen, dass es den Gegenvorschlag braucht.» Im Nachhinein zeige sich aber, dass es schwierig war, die eigenen Leute von diesem notwendigen Übel zu überzeugen, sagt Tschümperlin. «In Zukunft werden wir sicher den Wert eines Gegenvorschlags kritisch hinterfragen müssen.»